

Zeitenwende. Richtig. Machen.

Positionspapier von Charlie Delta Uniform. Mit Sicherheit Union.

„Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst der Politik gegenüber ist hauptsächlich, zu verhüten, dass die Politik Dinge fordert, die gegen die Natur des Krieges sind, dass sie aus Unkenntnis über die Wirkungen des Instrumentes Fehler begeht im Gebrauch desselben.“
(Clausewitz)

Einleitung.

Bisher ist die angekündigte „Zeitenwende“ kaum mehr als ein Wort. Die Bundesregierung hat es nicht geschafft, über die Wortfindung und das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr hinaus den notwendigen politischen Willen aufzubringen, um die sich aus der Zeitenwende ableitenden Entscheidungen zu treffen. Die vom Minister angekündigte Strukturreform bleibt hinter dem Notwendigen zurück. Es gilt abzuwarten, ob dadurch wirklich überflüssige Stäbe zugunsten der Truppe reduziert werden und die Maßnahmen die Einsatzbereitschaft stärken. Dies gilt auch für die Bundeswehr selbst. Zwar hat der Verteidigungsminister jüngst erklärt, Deutschland müsse „kriegsbereit“ sein und damit zurecht Bundeswehr und Gesellschaft adressiert, aber bis jetzt sind die Folgen und Konsequenzen aus dieser Einsicht überschaubar.

Der Krieg in Europa hält an, die Bedrohung unserer Freiheit ist real, und wir erleben, dass andere Nationen ihre Interessen konsequent verfolgen und im Zweifel bereit sind, auf Kosten anderer durchzusetzen. Anstatt dies der deutschen Bevölkerung zu vermitteln und klare Ziele für das Gelingen der Zeitenwende zu formulieren, wird der deutsche „Friedensbetrieb“ in der Politik fernab der Sonntagsreden weitgehend fortgesetzt.

Viele Menschen in Deutschland haben das Gefühl, dass die Politik zu langsam, nicht entschlossen und nicht konsequent entscheidet, sogar widersprüchlich handelt und die Bevölkerung mit ihren Ängsten und Befürchtungen und den darauf resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen allein lässt. Die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Invasion ist ein Beispiel hierfür. Dabei sind einige der Hilfsmaßnahmen bemerkenswert. Es zeigt sich, dass vielfach nicht ausreichend kommuniziert wird. Man gewinnt nicht den Eindruck, dass strategische Kommunikation wie bei den Bündnispartnern in der NATO besonders im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitgedacht wird. Das ist angesichts der Bedeutung des Informationsraumes in den aktuellen Konflikten und Kriegen verheerend.

Wir sind überzeugt: Die Zeitenwende ist Wirklichkeit. Den Deutschen ist allerdings noch nicht klar, was das bedeutet: Es wird zu weiteren Verwerfungen und Krisen kommen. Wenn man

Wohlstandsverlust in erheblichem Maße oder gar den Verlust der Freiheit vermeiden will, bedarf es mehr Anstrengungen, mehr Einsatz, mehr Arbeit und Verzicht sowie andere Prioritäten staatlichen Handelns.

Deshalb braucht es einen gesamtstaatlichen Ansatz. Strukturen wie die grundgesetzliche Trennung von GG Art. 87a und 87b sind auf ihre Funktionalität in Krisen- und Kriegszeiten kritisch zu überprüfen. Die historischen Gründe für diese Regelung sind längst entfallen. Die Bundeswehr ist in ihrer inneren Haltung fest in die freiheitlich-demokratische Gesellschaft integriert. Sie ist der Garant für die staatliche Integrität der Bundesrepublik nach außen und eine Stütze in Krisen im Innern, wie in den letzten Jahren immer wieder zu sehen war.

Der Krieg in der Ukraine, der Krieg im Nahen Osten, Chinas Weltmachtstreben, die Konflikte in Afrika und die unvorhersehbaren geopolitischen Herausforderungen wie die Klimakrise zeigen deutlich, dass Deutschland eine Verteidigungspolitik, in deren Mittelpunkt einsatz- und kriegsbereite Streitkräfte stehen müssen, braucht. Darum muss die deutsche Politik endlich handeln.

Wer deutsche Interessen beschreibt und durchsetzen will, der muss Militär im Zweifel als ein Instrument zur Sicherung und Wahrung dieser Interessen begreifen; beispielsweise, wenn es um offene Handelswege für uns als Exportnation geht. Militärische Abschreckung als Prinzip muss ebenfalls Teil einer solchen Strategie sein, um Politik und Diplomatie Handlungsspielräume und Glaubwürdigkeit zu generieren.

Die CDU versteht sich als Partei der Bundeswehr. Konrad Adenauer hat die Wiederbewaffnung Deutschlands, die Voraussetzung für die Teilhabe der Bundesrepublik als gleichberechtigte Nation des freien Westens war, durchgesetzt und damit den Grundstein für die Wiedervereinigung und ein in Frieden und Freiheit geeintes Europa gelegt. Heute die Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands zu leisten, muss Anspruch der Union sein.

Zeitenwende in der Politik.

Die deutsche Politik und die Führung der Bundeswehr propagieren derzeit eine Neuausrichtung der Streitkräfte auf die Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV). Doch die „Armee im Einsatz“ ist keineswegs Geschichte. Die Bundeswehr wird künftig eine Struktur brauchen, die sie sowohl zur Landesverteidigung als auch zu Auslandseinsätzen befähigt. Zeitenwende bedeutet, Streitkräfte aufzustellen, die für jedwedes Krisen- und Kriegsszenario gerüstet sind. Die Politik muss erkennen, dass die Bedrohungen Deutschlands, seiner Staatsbürger und deutscher Interessen multiperspektivisch und multipolar sind. Hat der Krieg in der Ukraine den Fokus auf die Landes- und Bündnisverteidigung verschoben, so zeigt das deutsche Engagement für Israel, dessen Existenzrecht Teil deutscher Staatsräson ist, dass die Bundeswehr weltweit einsatzbereit und gefordert sein wird und muss.

Daraus folgt:

- Die Bundesrepublik braucht einen **Nationalen Sicherheitsrat** und eine **Nationale Sicherheitsstrategie**, die alle staatlichen Ebenen einbezieht. Nur so wird deutlich, dass die Verteidigung von Frieden und Freiheit nicht allein Aufgabe der Bundeswehr sein kann, sondern eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge von Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geleistet werden muss. Die aktuelle Strategie der Bundesregierung bleibt hinter dieser Zielsetzung weit zurück und wird daher der Zeitenwende nicht gerecht.
- Die deutsche Politik braucht die Kraft, um die unbequemen, aber notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit Frieden, Freiheit und Sicherheit für die Deutschen im 21. Jahrhundert auf Dauer gesichert werden können. In der Vergangenheit hat Deutschland bis zu 3 Prozent und mehr des BIPs investiert. Davon sind wir weit entfernt. Eine **ausreichende Finanzierung der Bundeswehr** wird nur gelingen, wenn in anderen Bereich gekürzt und gespart wird. Eine Debatte hierüber ist notwendig. Eine ausreichende Finanzierung der Bundeswehr, die sich nicht allein am 2%-Ziel der NATO, sondern an den definierten Fähigkeiten ausrichtet, muss sichergestellt werden. Die Forderung, eine ausreichende **Finanzierung der Bundeswehr im Grundgesetz zu verankern**, ist zu diskutieren.
- Das Handeln der Bundesregierung ist nicht nur mit Blick auf die Sicherheit Deutschlands fahrlässig, sondern untergräbt auch das **Vertrauen** unserer Bündnispartner **in Deutschland**. Mit einem Versprechen, die Verpflichtungen im Bündnis einzuhalten, muss die Union in den nächsten Bundestagswahlkampf gehen, um das verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen. Deutschland muss bereit sein, eine seiner Wirtschaftskraft und dem politischen Selbstverständnis entsprechende internationale Rolle auszufüllen.
- Die Bundesrepublik Deutschland muss den Anspruch haben, mit der Bundeswehr **die größte und modernste, kampfstärkste, konventionelle Armee der NATO in der Europäischen Union** bereitzustellen und damit als Vorbild für andere Nationen dienen.
- Nach der **Aussetzung der Wehrpflicht** muss in einem ersten Schritt die Wiedereinführung einer **Wehrerfassung** unmittelbar erfolgen. Zudem muss der Ausbau von Strukturen, die einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte ermöglichen, sichergestellt werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht muss jetzt gesellschaftlich diskutiert werden.
- Eine **Beschleunigung von Verfahren**, u.a. im parlamentarischen Raum, ist dringend notwendig. Haushaltsvorlagen sollen nur noch für Neubeschaffungen ab einer Größenordnung von 100 Millionen Euro erstellt werden. Die Regeneration und die Beschaffung von Verbrauchsgütern (Munition, etc.) kann bei entsprechender Deckung im Etat unmittelbar ohne eine Parlamentsbefassung erfolgen. Europaweite Ausschreibungen müssen für Beschaffungen im Geschäftsbereich des BMVg nicht mehr erfolgen.
- Die **Beschaffung für die Bundeswehr** muss weiter beschleunigt werden. Nach wie vor geht mehr Gerät ab als zuläuft – sei es durch die Abgabe an die Ukraine oder der Aussonderung von Altgeräten. Es reicht nicht, Vertragsabschlüsse zu beschleunigen, auch die

Produktion muss schneller und umfangreicher werden. Um entsprechende Produktionskapazitäten aufzubauen, muss die Politik gewährleisten, dass die deutsche Industrie langfristig Planungssicherheit hat. In der Planung sind künftig Reserven einzubeziehen. Dies gilt für Umlaufreserven und Material für gekaderte Verbände der Reserve zur Ergänzung der aktiven Truppe im Verteidigungsfall.

- Der rechtliche Handlungsrahmen auch unterhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalles für den erfolgreichen Einsatz der Bundeswehr zum Schutz Deutschlands ist zu erweitern.
- Die Politik muss **Gesetze und Verwaltungsvorschriften mit militärischen Ausnahmeklauseln** versehen, bzw. diese so ändern, dass die dem Grundprinzip „train as you fight“ entgegenstehenden Passagen gestrichen werden bzw. Ausnahmetatbestände geschaffen werden. Dies gilt bspw. für Auflagen beim Umweltschutz, Arbeitszeitregelungen sowie der Straßenverkehrsordnung oder Lärmemissionen.

Zeitenwende in den Streitkräften.

Die Bundeswehr selbst muss dem skizzierten Bild, sie sei mit einem Unternehmen vergleichbar, dezidiert widersprechen. Streitkräfte sind kein Unternehmen. Der Soldatenberuf ist ein Beruf sui generis. Kein Arbeitgeber kann verlangen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Leben einsetzen oder gar das Leben anderer nehmen, wenn dies der Auftrag verlangt. In Streitkräften ist dies wesentlich. Der Soldatenberuf geht mit Pflichten einher, die nicht mit einem zivilen Beruf vergleichbar sind und nicht sein dürfen.

Die Bundeswehr klagt seit Jahren über eine überbordende Bürokratie, „Wasserköpfe“ in Stäben und Strukturen, Mikromanagement, eine Verantwortungsdiffusion und sowie ein Mindset, das Handlungsspielräume und Verantwortung des militärischen Führers einschränken, statt stärken. Wir wollen, dass das **Vertrauen in die Menschen in der Bundeswehr**, die von einem hohen Ethos geleitet und gut ausgebildet handeln, gestärkt wird. Dazu gehört, dass Handlungsspielräume dem Mindset folgen, dass alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist.

Daraus folgt:

- Die Bundeswehr braucht einen **streitkräftegemeinsamen Führungs- bzw. Generalstab**, der grundlegende strategische und taktische Planungen für erdenkliche Krisenszenarien erarbeitet.
- Die bisherigen **Strukturanpassungen sind nicht ausreichend** und haben nicht zu mehr Effizienz geführt. Zwei voneinander getrennte Führungskommandos auf operativer Ebene verhindern die bruchfreie Führung von Streitkräften in Frieden, Krise und Krieg. Das Verschmelzen dieser Kommandos zu einem „Ein-Säulen-Modell“ unterhalb des Füh-

rungs- bzw. Generalstabes wäre ein sachgerechter Schritt. Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Eckpunktepapier und Bestandsaufnahme liegen vor. Notwendige Entscheidungen sind jetzt zu treffen und umzusetzen. Statt die Truppe zu stärken, werden Stäbe und Führungsebenen weiter aufgebläht. Dies gilt es zu reduzieren. Es braucht **eine neue Struktur der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche**, die sich an den Dimensionen orientiert und vom Standpunkt „kriegsbereit und siegesfähig“ gedacht wird. Es gilt der Grundsatz: Organisier dich wie du kämpfst. Dies ist in allen Dimensionen konsequent umzusetzen. Aber auch die zivilen Organisationsbereiche sind zu überprüfen und deren Behörden zu verschlanken.

- Die neue Struktur des Heeres und die „Erfindung“ mittlerer Kräfte ist das Gegenteil von Zeitenwende. Es ist ein weiteres **Downsizing der Bundeswehr**. Anstatt den Anspruch aufrecht zu erhalten, zwei vollausgestattete „klassische“ Divisionen und eine weitere „schnelle“ Division aufzustellen, wird der Mangel verwaltet. Auch die Ankündigung, eine Brigade in Litauen zu stationieren, ist bis dato nicht ausreichend organisatorisch, finanziell, materiell und personell hinterlegt, so richtig diese Entscheidung war und ist.
- Deutschlands Anspruch für eine einsatzbereite Bundeswehr muss es sein, u.a. **drei Divisionen** aufzustellen, die kampffähig sind. Darüber hinaus braucht es eine neue Dimension der **Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte**, die ohne **Reserve** nicht denkbar ist. Der Krieg in der Ukraine zeigt zudem die erschreckend hohen Verlustzahlen an Menschen und Material in konventionellen Kriegen. Ohne Reserve und einen durch eine allgemeine Dienstpflicht oder Wehrpflicht sicher gestellten Personalpool ist die Bundeswehr im Falle einer größeren bewaffneten Auseinandersetzung nicht einmal ansatzweise durchhaltefähig.
- Die Bundeswehr braucht eine **Reserve**, die nicht nur eine Ergänzung der aktiven Truppe gewährleistet, sondern die im **Heimatschutz** eine eigene Aufgabe erfüllt. Dies kann nur mit einer personell und materiell voll ausgestatteten Reserve gelingen. Die aktive Truppe ist darüber hinaus mit gekaderten Verbänden, die aber vollumfänglich materiell hinterlegt sind, zu ergänzen. Auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist für den Verteidigungsfall eine Beordnung in der Reserve zuzuweisen. Dies gilt auch für die Studierenden der Bundeswehr-Universitäten. Der Dienst in der Reserve braucht eine gesetzliche Grundlage, die eine Freistellung durch den Arbeitgeber vorsieht. Anders ist nicht sicherzustellen, dass die Reserve militärisch einsatzbereit bleibt.
- Der Krieg in der Ukraine hat die **Bedeutung der Digitalisierung** für den Krieg der Zukunft noch einmal bestätigt. Um hier künftig schlagkräftig zu sein, muss die Bundeswehr in der Digitalisierung eine Zeitenwende einleiten. Hierzu braucht es eine andere Verankerung auf der Leitungsebene des BMVg und sich weiterentwickelnde Strukturen. Dies kann bspw. durch eine Stärkung des existierenden CIO im Ministerium sowie die Fortführung der Idee eines Systemhauses Cyber-/IT und CIR inkl. aufbauorganisatorischer Lösungen geschehen, um disruptive Technologien und KI schneller und besser in die Streitkräfte zu adaptieren. Um mit den Innovationszyklen der IT Schritt zu halten, bedarf

es außerdem einer Anpassung im Bereich der Planung und Rüstung. Allein das Thema Software Defined Defence braucht eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

- Planungs- und Rüstungsorganisation einschließlich des Beschaffungsamts in Koblenz (BAAINBw) haben Optimierungsbedarf. Dies liegt. U.a. an einem Vergaberecht, das die Förderung von Schlüsseltechnologien, die Unterstützung nationaler Industrie sowie – wenn der politische Wille vorhanden ist – die Stärkung multinationaler Vorhaben erschwert. Die Schaffung einer nationalen Rüstungsagentur für Großprojekte sowie eine internationale Zusammenarbeit in diesem Feld können hier eine Lösung sein.
- Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat durch die Nutzung von Standortdaten mobiler Endgeräte auch deutlich gemacht, dass **eine sichere – insbesondere auch private – Kommunikation von Soldatinnen und Soldaten** essenziell ist. Vor diesem Hintergrund ist eine Ausstattung aller Angehörigen der Bundeswehr mit modernen mobilen Endgeräten (Smartphones, Tablets, Laptops) zur sicheren Kommunikation, die ausdrücklich auch privat kostenfrei genutzt werden sollen, zeitnah zu realisieren.
- Die Bundeswehr braucht eine **Infrastruktur**, die dem Prinzip „Ein Soldat – ein Bett“ folgt. Dies muss die Reserve einschließen, um für Krisenszenarien eine entsprechende Infrastruktur vorhalten zu können. Infrastrukturplanungen müssen die Besonderheiten der militärischen Gemeinschaft und der je nach Teilstreitkraft spezifischen unterschiedlichen Aspekte berücksichtigen.
- Die Bundeswehr braucht **Nachwuchs**. Das aktuelle **System der Personalgewinnung** ist nicht in der Lage, diesen notwendigen Nachwuchs zu generieren. Deswegen gehört es grundsätzlich **auf den Prüfstand**. Ein wichtiger Schritt ist die Dezentralisierung der Personalführung. Die Vorgesetzten kennen ihre Soldatinnen und Soldaten besser als jedes Assessmentcenter. By the way: Auch hier bedeutet Zeitenwende die Rückkehr zu einer Sprache, die vermittelt, worum es beim Dienst in den Streitkräften geht.
- Die **Personalentwicklung** muss stärker den **Wechsel vom militärischen Dienst in den zivilen Bereich der Wehrverwaltung** fördern, um den Verlust engagierter Frauen und Männer nach dem Ende der militärischen Dienstzeit für die Streitkräfte zu verhindern. Dies ist auch wichtig, um eine weitere **Überalterung der Armee** zu verhindern. Ideal wäre ein Ansatz, der den öffentlichen Dienst übergreifend als ein Personalkörper sieht, der jungen Menschen nach einem Dienst in der Bundeswehr bis hin in die kommunale Verwaltung eine Perspektive zusichert, die u.U. sogar heimatnah erfolgen kann. Das kann ein Beitrag zur Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr sein. Die Zahl der Berufssoldaten darf mit Blick auf die Einsatzfähigkeit nicht weiter erhöht werden.
- Die **SAZV** ist ein Synonym für die **Dysfunktionalität**. Die Übertragung ziviler Arbeitszeitregeln ins Militär war ein Fehler. Es sind andere Regelungen, die Vereinbarkeit von Familie und Dienst stärken und mehr Flexibilität ermöglichen und zu keinem Aufwuchs an Bürokratie führen. Die neuen Regeln müssen zuvorderst der Einsatzbereitschaft der

Streitkräfte dienen.

- Die bisherigen **Statusmodelle** BS und SaZ stammen aus der Zeit der Wehrpflichtarmee. Sie sind zugunsten eines moderneren, flexibleren Modells zu **verändern**, um den Dienst in Streitkräften für jüngere Menschen anziehender zu machen; aber auch, um aus der Bundeswehr eine **Nachwachsmaschine für den Öffentlichen Dienst** zu machen. Soldaten stellen ein potenzielles Reservoir dar für die gesamte Nachwuchsgewinnung des Öffentlichen Dienstes bei Kommunen, in den Ländern und beim Bund, und natürlich ganz besonders für die Wehrverwaltung.
- Die Personalführung muss das Prinzip **Leistung, Eignung und Befähigung** wirklich zu leben und auf Quotenregelungen, Jahrgangsbänder und intransparente Perspektivbetrachtungen verzichten. Wenn die Ansprüche und Anforderungen an die Angehörigen der Bundeswehr steigen, dann muss damit einhergehend auch die **Fürsorge** (Betreuungsangebote, etc.) **ausgebaut werden**. Der Verweis auf vorhandene zivile Strukturen ist nicht ausreichend.
- Auch die Rahmenbedingungen des Dienstes müssen dem Auftrag der Bundeswehr entsprechen. Die **Vereinbarkeit von Familie und Dienst** bedarf weiter einer hohen Aufmerksamkeit und einer Weiterentwicklung. Die Erfahrung zeigt, dass **Soldatenarbeitszeitverordnung** und Homeofficeregelungen die Einsatzbereitschaft der Truppe nicht erhöht haben. Nur das kann aber ein Maßstab sein. Hier ist künftig eine stärkere Unterscheidung zwischen Schlamzone und Verwaltung notwendig. Moderne Arbeitszeitmodelle müssen dort eine Grenze erfahren, wo sie die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte einschränken. Die Folgen einer Fehlentwicklung in diesem Bereich kann man täglich auf allen Ebenen der Bundeswehr beobachten.
- Im Rahmen der **Ausbildung und Erziehung** muss „der Wille zum Kampf“, die Kerntugend des Soldaten, wieder in den Mittelpunkt rücken. Vorgesetzte müssen in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zu führen, gestärkt werden.
- Die **Innere Führung** muss wieder auf ihre Ursprünge zurückgeführt werden. Sie ist keine Wellnessphilosophie und auch kein modernes Managementtool zur Menschenführung, sondern dient der Bewusstwerdung, Erziehung und Prägung der Menschen, um einsatzbereite (kriegstaugliche und siegfähige) Streitkräfte zu generieren.

Zeitenwende in der Gesellschaft.

Zeitenwende bedeutet eine Diskussion darüber, welchen Beitrag die Gesellschaft zur Resilienz der Bundesrepublik leisten muss, damit Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand für die Deutschen im 21. Jahrhundert dauerhaft gesichert werden.

Daraus folgt:

- Wir fordern die Einführung einer **allgemeinen Dienstpflicht** für alle Menschen eines Jahrgangs. Dies beinhaltet die Möglichkeit für eine an den Bedarfen der Bundeswehr ausgerichtete Anzahl dieser Männer und Frauen, das Dienstjahr auch in den Streitkräften zu absolvieren.
- **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** müssen fester Bestandteil des Lehrplans sein. Jugendoffiziere sollen selbstverständlich an Schulen über den Auftrag der Bundeswehr informieren. Die Bundeswehr muss überall im Land Zugang zu **Berufs- und Bildungsmessen** erhalten, um dort Nachwuchs rekrutieren zu können. Darüber hinaus ist die Zivilklausel an deutschen Hochschulen zu streichen.
- Neben **öffentlichen Gelöbnissen** und Gedenkveranstaltungen sind weitere Maßnahmen zu entwickeln, die die Verbundenheit von Gesellschaft und Armee unterstreichen. Beispiele sind u.a. die Rückverlegung und der Empfang von Soldatinnen und Soldaten nach dem Einsatz oder längeren Manövern – Stichwort „Homecoming“.

Wir begrüßen die **Einführung eines Veteranentags**. Neben der Wertschätzung gilt es auch in Fragen der Fürsorge ständig zu prüfen, ob alle Bedarfe abgedeckt sind. Das Veteranenbüro ist deswegen ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

- Die Frage der **Wertschätzung** für diejenigen, die ihren Dienst in den Streitkräften geleistet haben, ist Teil der Zeitenwende. Darum braucht es eine Weiterentwicklung der Veteranenpolitik. Erste Schritte wie die Schaffung eines **Veteranenbüros und die Einführung eines Veteranentags** begrüßen wir.
- Die Bundeswehr ist ein **Spiegelbild der Gesellschaft** – mehr denn je. In ihr dienen inzwischen Frauen und Männer und Deutsche mit einer Einwanderungsgeschichte in großer Zahl. Religion und sexuelle Orientierung spielen keine Rolle. Die Bundeswehr ist als Integrationskraft hier **„Schule der Nation“**. Dies schließt das konsequente Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das entschiedene Entgegengetreten gegen jede Form von Extremismus mit ein.

Für uns ist die Zeitenwende ein Anlass, uns als deutsche Nation, als Teil des freien Westens, eines vereinten Europas und des Verteidigungs- und Wertebündnisses NATO unserer Rolle in der Welt bewusst zu werden. Um dem Auftrag des Grundgesetzes gerecht zu werden, nach dem das deutsche Volk aufgerufen ist, „dem Frieden in der Welt zu dienen“, braucht es kriegstaugliche und siegfähige Streitkräfte. Die Bundeswehr dient nicht nur zur Abschreckung, sondern muss auch kämpfen können, wenn die Abschreckung versagt. Der Generalinspekteur Carsten Breuer hat die Richtung vorgegeben: Wir müssen „gewinnen wollen, weil wir gewinnen müssen.“